

CDU. Was will die SPD denn zum Themenkomplex Europa ins nächste Wahlprogramm schreiben?

Nein, die Verzweigung des Parteivorsitzenden ist eine hausgemachte, genährt vom fehlenden Mut, alternative Positionen auch gegen »BILD, BAMS und Glotze« durchzusetzen und vom machtpolitischen Unwillen, den konservativen Koalitionären das europapolitische Monopol streitig zu machen. Europa mag kein wahlentscheidendes Thema sein, aber die Stützung des CDU-Kurses um den Preis der eigenen Gesichtslosigkeit schadet der SPD langfristig. Dabei besteht eigentlich kein Mangel: Sozialdemokratische Europapolitik ist programmatisch ausführlich notiert, ein alternativer Pfad zur Überwindung der Eurokrise ist zigfach durchdacht und einschlagbar. Hierfür eindringlich und verantwortungsvoll – trotz aller koalitionsären Zwänge – zu werben, wäre heute Aufgabe und Verpflichtung der Sozialdemokratie.



Björn Hacker

ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

bjoern.hacker@htw-berlin.de

Angelica Schwall-Düren

Die SPD in der Europapolitik: Ohne Kompass?

Björn Hacker wirft der SPD und speziell ihrem Vorsitzenden Sigmar Gabriel vor, in der Europapolitik orientierungslos zu sein, bzw. zwischen integrationsfreundlichen und souveränistischen Positionen hin und her zu schwanken.

Björn Hacker hat recht, wenn er feststellt, dass die SPD im Grundsatzprogramm 2007 konsistente Europa-Vorstellungen für eine politische und soziale Europäische Union vorgelegt habe. Ich teile auch die Analyse, dass die 2009 in Bundestags- und Europa-Wahlprogrammen darauf abgestimmten Positionen mit und in der Finanzmarktkrise noch punktuell vorgetragen, aber nicht stringent in Lösungskonzepte umgesetzt wurden. Auch ich habe beobachtet, dass immer wieder der Versuch unternommen wurde, wegweisende Alternativen in die Debatte einzubringen (z.B. Entschuldungsinitiativen, Eurobonds). Schnell aber wurden sie wie heiße Kartoffeln wieder fallen gelassen, wenn der erste publizistische Gegenwind spürbar wurde.

Dennoch hat die SPD im Bundestagswahlkampf 2013 mit ihrem Spitzenkandidaten Peer Steinbrück den systemischen Zusammenhang zwischen der Krise in der Eurozone und dem Fehlen einer, die Währungsunion begleitenden politischen Fiskal- und Wirtschaftsunion klar herausgestellt. Doch auch dieses Narrativ verschwand mit Beginn der Koalitionsverhandlungen wieder in der Schublade. Der Koalitionsvertrag zeigte im Hinblick auf die Europapolitik keinerlei sozialdemokratische Handschrift mehr. Bezeichnend ist, dass Europapolitik in einer Unterarbeitsgruppe zur Finanzpolitik behandelt wurde.

Hatte die SPD die konservative Stabilitätspolitik tatsächlich übernommen oder konnte und wollte der SPD-Teil der Koalition in diesen Fragen nicht Position beziehen, um die wesentlichen sozialdemokratischen Regierungsziele, wie z.B. die Einführung des Mindestlohns oder Ausnahmen für die Rente mit 67, nicht zu gefährden? Hatten die kleinen

progressiven Signale einzelner Ressorts hinsichtlich einer Änderung der Europapolitik lediglich Alibi-Charakter oder reichten Mut und Energie einfach nicht weiter? Wenn man europapolitische Debatten in der SPD – oft in kleinen Zirkeln oder auch hin und wieder Äußerungen der Parteispitze – verfolgt, dann kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass es in der Partei unumstritten ist, dass der marktliberale Weg in Europa und in der Folge die in der Krise verordnete Austeritätspolitik ein Irrweg ist – weil er die sozialdemokratischen Werte von Gerechtigkeit und Solidarität verrät, aber auch, weil er wirtschaftlich nicht zum Erfolg führt.

Ist eine Abkehr von dieser Politik für die SPD denkbar? Ist ein neuer Aufbruch machbar? Falls ja, weshalb ist das bisher unterblieben?

Wenn man Lösungen für verfahrenere Situationen finden will, ist zunächst eine Analyse der Ursachen für diese Unterlassung unabdingbar. Ich bin überzeugt: Nicht die Freude an populistischen Positionen hat Sigmar Gabriel dazu gebracht, harsche Kritik an der Tsipras-Regierung zu formulieren.

Vielmehr scheint der Parteivorsitzende von der Sorge umgetrieben zu sein, die Bürgerinnen und Bürger auf die Reise nach Europa auch mitnehmen zu können.

Warum tut sich die SPD mit europapolitischen Alternativen schwer? Aus meiner Sicht gibt es im Wesentlichen drei Gründe für das Schwanken der SPD in der Europa-Politik:

Erstens: Die Globalisierung hat mit ihrem weltweiten Wettbewerbsdruck zu großer Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung geführt, insbesondere bei den Gruppen, die als Geringverdiener mit oftmals prekären Beschäftigungsverhältnissen zurechtkommen müssen oder, die zu den Beziehern staatlicher Transfers gehören. Entgrenzung – positiv konnotiert mit vielen neuen Möglichkeiten für Reisen, Studieren und Arbeiten und als Erweiterung des Produktreichtums und der kulturellen Vielfalt – wird von vielen Menschen als Bedrohung und Verlust von Sicherheit erlebt. Die EU erscheint durch ihre faktisch marktliberale Ausrichtung nicht als Schutz vor dem kalten Wind der Globalisierung, sondern als Verstärkung des Sturms. Deshalb werden in der breiten deutschen Öffentlichkeit die Verhandlungen zu TTIP auch ausschließlich kritisch diskutiert. Demgegenüber verspricht der Nationalstaat seinen Bürgerinnen und Bürgern, in erster Linie ihre Interessen zu vertreten. Der Diskurs der nationalen Politiker, in Brüssel die eigenen Interessen durchgesetzt oder gegen Brüssel verloren zu haben, genauso wie das intergouvernementale Handeln der nationalen Regierungen ist Ausdruck dieser Auffassung. Der zunehmende Erfolg populistischer und national bis nationalistisch ausgerichteter Parteien macht es den demokratischen Parteien, auch der SPD, immer schwerer, sich gegen diesen Denkstrom zu stemmen.

Zweitens: Sollen die Aussagen zur politischen und wirtschaftlichen Union über Lippenbekenntnisse hinausgehen, muss gleichzeitig ein Einverständnis zur Übertragung von Kompetenzen an die EU und zur Stärkung der demokratischen Legitimation in der EU gegeben sein. Das bedeutet Souveränitätsverzicht mit dem Ziel gemeinsam politische Souveränität zurückzugewinnen. Dabei ist zunächst nicht entscheidend, wann und in welcher Form entsprechende Schritte gemacht werden. Entscheidend ist die klare Zielsetzung für ein soziales und demokratisches Europa. Ganz objektiv hat die deutsche Sozialdemokratie in dieser Hinsicht das große Problem, dass sie für die stärkere politische Integration der EU kaum Verbündete findet. Selbst der französische Partner, die sozialistische Regierung, kämpft zwar um die Änderung der Austeritätspolitik, ist aber keinesfalls bereit, von der nationalstaatlichen Souveränität ernsthafte Abstriche zu machen. Die von vielen als Vollendung der europäischen Einigung empfundene Osterweiterung der Union von 2004 hat zudem die Zahl der unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen in und durch

Europa noch erhöht. Damit steht die SPD auf verlorenem Posten und müsste damit umgehen, dass sie mit ihren Ideen auch auf europäischer Ebene als Verliererin dastünde.

Drittens: Die SPD hat schmerzhaft erleben müssen, dass vor allem die innerdeutsche Politik wahlentscheidend ist. Das Trauma der Wahlniederlagen seit der Agenda 2010 wirkt unvermindert fort. Denn alle inhaltlichen Erfolge, die die SPD in der Großen Koalition hat erringen können, schlagen sich in den Umfragen für die SPD nicht positiv nieder. Im Gegenteil: Die gleichzeitig immer weiter aufgehende Einkommensschere wird vor allem der SPD angekreidet. Da ist es gut nachzuvollziehen, dass die Sozialdemokraten nicht in den Ruf kommen wollen, das Geld der Steuerzahler nun auch noch an unfähige und unwillige Mitgliedsstaaten zu verschleudern, nachdem zuvor die Bankenrettung (die so nicht genannt werden darf) schon astronomische Summen gekostet hat. Es ist in diesem Zusammenhang unerheblich, dass Deutschland bisher grandioser »Krisengewinnler« ist. Dieser Erfolg kommt nämlich nicht bei den kleinen Leuten an.

Diese drei Erfahrungshintergründe machen das europapolitische Verhalten der SPD verständlich. Zielführend ist es dennoch nicht. Was tun?

Erstens: Die SPD muss unterscheidbar sein von den Konservativen, auch in der Europapolitik!

Zweitens: Die SPD muss ein aufklärerisches Narrativ anbieten und zur Aufklärung beitragen. Dann kann sie die Aufgeklärten gewinnen und zugleich diejenigen, die sich von der Alternative überzeugen lassen.

Drittens: Die SPD muss eingestehen, dass sich kurzfristige Erfolge (z.B. die Akzeptanz des Sparkonzepts der EU durch die griechische Regierung) mittel- und längerfristig als kurzfristig erweisen werden. Denn gerade als stark exportorientiertes Land ist Deutschland darauf angewiesen, dass sich Wirtschaft und Wohlstand in den übrigen Mitgliedsstaaten positiv entwickeln: Deutsche Interessen können nur noch als europäische gedacht werden.

Viertens: Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit. Das heißt gerade nicht, dass sie einfach Stimmungen aufgreifen und zur Grundlage ihrer Politik machen sollten. Sie müssen auf der Grundlage ihrer Werte den Menschen ein attraktives Programm anbieten, das die Interessen der Bürger und Bürgerinnen aufgreift und übersetzt. Mit Franz Müntefering ausgedrückt: Die SPD muss die Fahne vorantragen, aber selbstverständlich so, dass die Menschen die Fahne nicht aus dem Blick verlieren und sie dieser Fahne auch folgen können.

Fünftens: Die inhaltliche Alternative zur konservativen Europapolitik, die die SPD anzubieten hat, muss mit langem Atem und kohärent gemäß dem Grundsatzprogramm 2007 vorgetragen und immer wieder über einzelne Bausteine konkretisiert werden.

So wird die SPD langsam Vertrauen (zurück)gewinnen und Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Die Alternative wird gebraucht, denn dass die marktliberale Stabilitätspolitik scheitert, werden immer mehr Menschen erkennen.



Angelica Schwall-Düren

war stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW.